

Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll der Gemeinde
Kematen an der Krems vom 12.12.2014

Anträge, die nicht die Gemeinderesolution betreffen
wurden entfernt.

**Pkt. 36: Antrag der SPÖ-Fraktion Kematen, Resolution TTIP/CETA/TiSA-freie
Gemeinde über die negativen Auswirkungen der transatlantischen
Freihandelsabkommen auf die Gemeinden;
Beratung und Beschlussfassung**

G:\Daten\Gemeinderat\RAT\2014\29. GR-Sitzung 12. Dezember 2014\Verhandlungsschrift 29. GR-Sitzung vom
12.12.2014.docx



Der VORSITZENDE verliest folgenden

AMTSVORTRAG

Die Resolution liegt dem Amtsvortrag bei!

Antragsempfehlung:

Der Gemeinderat der Gemeinde Kematen an der Krems möge...

Frau Hatzmann verliest den Antrag:

Kematen, am 20.11.2014

Sozialdemokratische Fraktion im Gemeinderat der Gemeinde Kematen an der Krems

Betr. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes in die Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderats vom 12.12.2012

An den Bürgermeister Herrn Markus Stadlbauer MA

Gemäß § 46 Abs. 2 O.B. GemO 1990 verlangen die gefertigten Mitglieder des Gemeinderats die Aufnahme folgenden Gegenstands in die Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderats:

Resolution: TTIP/CETA/TiSA-freie Gemeinde

an Bundeskanzler **Werner Faymann** – werner.faymann@bka.at

Vizekanzler und Wirtschaftsminister **Reinhold Mitterlehner** – reinhold.mitterlehner@bmwfw.gv.at

LH Dr. Josef Pühringer (ÖVP): lh.puehringer@ooe.gv.at

LH Stv. Franz Hiesl (ÖVP): lhstv.hiesl@ooe.gv.at

Begründung:

Die negativen Auswirkungen der transatlantischen Freihandelsabkommen auf die Gemeinden

Im Rahmen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie der CETA- und TiSA-Abkommen verhandelt die EU-Kommission im Auftrag der Mitgliedsländer weitere Deregulierungsmaßnahmen und -schritte, die alle Lebensbereiche betreffen – auch auf Gemeindeebene. Teilbereiche davon sind der Dienstleistungssektor und die öffentliche Auftragsvergabe.

Alle öffentlichen Dienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle BürgerInnen freien Zugang haben müssen, sind von diesen Abkommen betroffen: **Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege** usw. Lediglich jene Bereiche, die explizit in Form eines Negativlistenansatzes ausgenommen werden, fallen nicht darunter.

Darüber hinaus sollen Konzerne, die in einer der Regionen bzw. Länder, die TTIP, CETA und TiSA verhandeln, eine Niederlassung haben, in Zukunft bei der Ausschreibung von öffentlichen Verträgen mitbieten können.

Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern (Prinzip der "Inländerbehandlung") macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich.

Im Rahmen von TTIP und CETA sollen Konzernen auch Klagerechte gegenüber Staaten

zugesprochen werden – der sogenannte Investitionsschutz. Solche Klagen sollen von privaten Schiedsgerichten entschieden werden, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind und für die es keine Berufungsmöglichkeiten gibt. Damit können diese Konzerne in Zukunft Staaten (und indirekt Gemeinden) auf entgangenen Gewinn oder zu hohe Umweltauflagen klagen. Dies kann auch Gemeinden treffen.

Egal, welche Handels- und Investitionsabkommen verhandelt werden – ein grundlegendes Problem ist immer die fehlende Offenlegung von Verhandlungsdokumenten. Alle Verhandlungsdokumente sind geheim, weder die Position der Europäischen Kommission noch jene der verhandelnden Länder USA und Kanada sind bekannt. Noch gravierender ist das diesen Verhandlungen eigene Demokratiedefizit. Dadurch, dass die Verhandlungen streng geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit stattfinden, wird ein demokratischer Meinungsbildungsprozess unterbunden. Dies unterminiert die Grundpfeiler der Demokratie und muss deshalb grundsätzlich geändert werden.

Gerlinde Kalpman

Obdormanna Koral

Luzia Koser

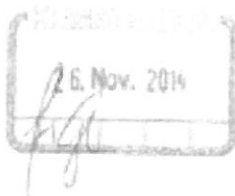
Andreas Koller

Baum

Renata Claudia

Maria Pia Gantner

Eingangstempel:



Herr Graf findet es gut, dass die Bestrebungen gegen diese Freihandelsabkommen aufzutreten auf Gemeindeebene gehoben werden. Die negativen Auswirkungen solcher Abkommen können bis zum Verlust nationaler Rechte führen. Eine Willensbekundung ist wichtig und daher ist seine Fraktion für diese Resolution.

Frau Hatzmann sagt, dass Schweigen Zustimmung bedeutet und es wichtig ist, wenigstens etwas zu versuchen.

Der VORSITZENDE stellt den **ANTRAG**,

der Gemeinderat der Gemeinde Kematen an die Krems möge die Einbringung der Resolution TTIP/CETA/TiSA-freie Gemeinde über die negativen Auswirkungen der transatlantischen Freihandelsabkommen auf die Gemeinden; beschließen.

BESCHLUSS: ANTRAG EINSTIMMIG ANGENOMMEN!